

Stand: 13.02.2026 00:38:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6252

"Krankenhausreform nachbessern, mehr Flexibilität für die Länder und finanzielle Mittel für die Krankenhäuser"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6252 vom 09.04.2025
2. Beschluss des Plenums 19/6322 vom 09.04.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Thomas Huber, Dr. Andrea Behr, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberg, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Carolina Trautner und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Krankenhausreform nachbessern, mehr Flexibilität für die Länder und finanzielle Mittel für die Krankenhäuser

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe stationäre Versorgung von großer Bedeutung für die Menschen in Bayern ist.

Daher begrüßt der Landtag den 7-Punkte-Plan der Staatsregierung und fordert sie auf, sich auf Bundesebene weiterhin für Nachbesserungen bei der Krankenhausreform einzusetzen, insbesondere

- bedarf es mehr Spielräumen für die Länder und Korrekturmöglichkeiten auf Landesebene zu den Leistungsgruppen-Voraussetzungen, um im Einzelfall reagieren zu können.
- sollen einige überzogene Personalanforderungen korrigiert und Bürokratie eingedämmt werden.
- soll der Bund, da der größte Teil der Krankenhäuser weiterhin rote Zahlen schreibt, deren Träger im Bereich der Betriebskosten wirksam entlasten.

Die Staatsregierung wird schließlich aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention über den Sachstand des 7-Punkteplans zu berichten.

Begründung:

Der Freistaat ist Partner der Krankenhäuser und hat bereits wichtige Maßnahmen ergriffen, um die Krankenhäuser und ihre Träger bei den anstehenden Umstrukturierungen zu unterstützen. Dazu wurde im Oktober 2024 ein 7-Punkte-Plan verabschiedet. Dieser sieht Instrumente vor, um die Träger zu beraten und zu unterstützen. Die Staatsregierung moderiert und gestaltet den Wandel – mit Dialogen und Gutachten und politischer Rückendeckung für Entscheidungsträger in den Kommunen. Es ist im Sinne der

Menschen, hierüber auch im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention zu berichten.

Klar ist: Die Krankenhausreform muss zügig wieder angegangen werden. Die finanzielle Situation der Krankenhäuser ist besorgniserregend. Hier bedarf es zusätzlicher finanzieller Mittel von Bundesseite für den Ausgleich der Betriebskostendefizite. Der Bund ist für eine auskömmliche Finanzierung der Betriebskosten zuständig. Er hat es versäumt, Pflegesätze an veränderte Gegebenheiten anzupassen und für leistungsgerechte Erlöse zu sorgen. Der Freistaat ist weder in der Lage noch berechtigt, diese Versäumnisse auszugleichen. Es steht zudem zu befürchten, dass die Auswirkungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) in der Praxis negative Effekte haben werden: Aufwuchs von Bürokratie, massive Konzentration der stationären Versorgung zulasten der Versorgung im ländlichen Raum und weniger Behandlungsangebote für die Patientinnen und Patienten.

Die Krankenhausreform in ihrer jetzigen Form schränkt die Flexibilität der Länder ein, gestaltend und vor allem angebotssichernd auf die Versorgung einzuwirken. Hier besteht dringlicher Nachbesserungsbedarf vonseiten der künftigen Bundesregierung.

Ziel muss es sein, im Zuge des Transformationsprozesses den Betrieb von Krankenhäusern bei hoher Versorgungsqualität effizienter zu gestalten, um die Betriebskostendefizite dauerhaft zu senken und damit unsere Kommunen spürbar zu entlasten. Ein Kernelement für mehr Effizienz ist die schnelle und konsequente Umsetzung oftmals bereits vorhandener digitaler Konzepte, deren Implementierung zu fördern ist.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Thomas Huber, Dr. Andrea Behr, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberg, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Carolina Trautner und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/6252

Krankenhausreform nachbessern, mehr Flexibilität für die Länder und finanzielle Mittel für die Krankenhäuser

Der Landtag stellt fest, dass eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe stationäre Versorgung von großer Bedeutung für die Menschen in Bayern ist.

Daher begrüßt der Landtag den 7-Punkte-Plan der Staatsregierung und fordert sie auf, sich auf Bundesebene weiterhin für Nachbesserungen bei der Krankenhausreform einzusetzen, insbesondere

- bedarf es mehr Spielräumen für die Länder und Korrekturmöglichkeiten auf Landesebene zu den Leistungsgruppen-Voraussetzungen, um im Einzelfall reagieren zu können.
- sollen einige überzogene Personalanforderungen korrigiert und Bürokratie eingedämmt werden.
- soll der Bund, da der größte Teil der Krankenhäuser weiterhin rote Zahlen schreibt, deren Träger im Bereich der Betriebskosten wirksam entlasten.

Die Staatsregierung wird schließlich aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention über den Sachstand des 7-Punkte-Plans zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Andreas Hanna-Krahl

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Thorsten Freudenberger

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Andreas Winhart

Abg. Susann Enders

Abg. Martin Stümpfig

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die Dringlichkeitsanträge auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Andreas Hanna-Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Krankenhausplanung in Bayern aktiv gestalten! Kommunen und Kliniken nicht
am ausgestreckten Arm verhungern lassen! (Drs. 19/6240)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann,
Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

**Kritik des Landkreistags ernst nehmen: Krankenhausversorgung in Bayern
zukunftsfähig gestalten! (Drs. 19/6251)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Krankenhausreform nachbessern, mehr Flexibilität für die Länder und finanzielle
Mittel für die Krankenhäuser (Drs. 19/6252)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Andreas Hanna-Krahl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Signale sind unüberhörbar, und diese Signale kommen längst auch aus den eigenen Reihen: Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte, der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag, sie alle schlagen Alarm. Ihr gemeinsamer Appell ist eigentlich unmissverständlich: Die Kranken-

hausversorgung vor Ort steht mittlerweile auf dem Spiel, und sie fühlen sich von dieser Staatsregierung im Stich gelassen.

Was sie fordern, ist eigentlich das Offensichtliche: eine tragfähige, zukunftssichere Krankenhausplanung; das Ganze nicht irgendwann, sondern genau jetzt, bevor die Strukturen endgültig wegbrechen. Und nein, es reicht eben nicht, sich hinter einer reinen Moderatorenrolle zu verstecken. Es reicht nicht zu hoffen, dass die Kliniken den Strukturwandel allein bewältigen. Die Verantwortung für eine geordnete, zukunftsgerichtete Krankenhausplanung liegt bei der Staatsregierung. Das ist ausschließlich die Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung.

Niemand von den Krankenhausträgern will freiwillig auf lukrative Leistungsgruppen verzichten. Niemand wird freiwillig ein eigenes Krankenhaus schließen. Wie denn auch? – Das wäre politischer Selbstmord für jeden Bürgermeister, für jeden Landrat und für jeden kommunalen Verantwortungsträger. Der Bund hat ganz bewusst einen flexiblen Rahmen geschaffen, um den Ländern Handlungsspielräume zu eröffnen. Und was macht Bayern? – Sie schauen zu, Sie warten, und Sie hoffen. Das ist kein Konzept, meine Damen und Herren, das ist schlicht fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Zwischenzeit passiert dann genau das, wovor Expert:innen seit Jahren warnen: ein regelrechtes Wettrüsten innerhalb den Kliniken, statt Kooperation Konkurrenz, statt Versorgungssicherheit Standortkampf. Ressourcen fließen nicht in die Versorgung, sondern in Beraterverträge, Strategiepapiere und teure Gutachten. Neue Abteilungen entstehen nicht nach medizinischem Bedarf, sondern ausschließlich aus Angst, zu den Verlierern der Reform zu gehören. Genau das, meine Damen und Herren, ist das Problem.

Wir brauchen einen gemeinsamen Plan, keine Einzelstrategien im Überlebenskampf. Statt zu führen, moderieren Sie. Statt zu gestalten, verwalten Sie. Dabei verschärfen

Sie den Wettbewerb bis hin zur systematischen Schieflage im ganzen Krankenhauswesen im Freistaat.

Wir brauchen jetzt einen echten Kurswechsel, weg von Einzelkämpfertum und blindem Idealismus hin zu einer echten Steuerung und einer strukturierten Zusammenarbeit. Das Staatsministerium in Bayern muss endlich die Verantwortung übernehmen, als Kapitän dieses schwer beladene Schiff in der stürmischen See auch zu steuern.

Was wir brauchen? – Orientierung, eine verlässliche Strategie, einen klaren Kompass, einen realistischen Fahrplan und eine transparente Kommunikation. Nur so, meine Damen und Herren, schaffen wir Sicherheit für die Beteiligten vor Ort und für die Menschen, die auf eine funktionierende Versorgung auch angewiesen sind. Bauen Sie Brücken zwischen den Versorgern, anstatt sie durch Ihre Untätigkeit gegeneinander auszuspielen. Alle anderen Bundesländer handeln bereits. Tun Sie es auch; denn eines ist in aller Deutlichkeit klar: Die Kommunen im Freistaat Bayern können diesen Wandel nicht allein schultern. Die Verantwortung liegt bei der Staatsregierung, und es ist höchste Zeit, dass Sie sie übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist fünf vor zwölf. Sie müssen sich diesem Strukturwandel stellen, notfalls gesetzliche Grundlagen schaffen und ein Konzept für alle bayerischen Regionen erarbeiten. Das Ziel dabei muss klar sein: Erstens eine verlässliche Grund- und Notfallversorgung in allen Regionen, zweitens eine gezielte Umbündelung und Spezialisierung genau dort, wo medizinisch sinnvolle Kooperationen entstehen, und drittens eine Krankenhauslandschaft, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an Marktmechanismen und Konkurrenzkampf. Wenn die Staatsregierung jetzt nicht handelt, setzt sie die gesamte Krankenhausversorgung im Freistaat aufs Spiel.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Ruth Waldmann. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus! Dass wir hier in Bayern endlich eine echte Krankenhausplanung brauchen, für die die Staatsregierung zuständig ist, haben Sie von mir jetzt schon ziemlich oft gehört. Aber leider wollen Sie irgendwie nicht recht hören. Deswegen habe ich Ihnen das heute einmal aus anderem Mund mitgebracht. Ich habe Ihnen den wortwörtlichen einstimmigen Beschluss des Bayerischen Landkreistages von Ende Januar dieses Jahres mitgebracht, der praktisch haargenau das formuliert, was ich Ihnen die ganze Zeit versuche nahezubringen. Da ich die Hoffnung habe, dass Sie darauf vielleicht etwas mehr hören, möchte ich Ihnen die wichtigsten Passagen einmal vortragen, auch in Bezug auf diesen 7-Punkte-Plan übrigens. Hier wird gesagt:

"Staatsministerin Judith Gerlach hat [...] die Umsetzung des 7-Punkte-Plans der Staatsregierung erläutert. Das Vorgehen erscheint aus der Perspektive der Landkreise weiterhin nicht ausreichend als krankenhausplanerische Antwort auf das KHVVG als Vergütungsreform. Aufgrund der hohen politischen Bedeutung der Krankenhausreform erwarten die Landrättinnen und Landräte eine Verantwortungsübernahme durch die Krankenhausplanungsbehörde, die Vorstellung eines Zielbilds für die Krankenhausstruktur im Freistaat Bayern sowie die Verantwortung der Organisation und Durchführung der geplanten Regionalkonferenzen. [...]

Das StMGP hat die politische Letztverantwortung für die strukturelle Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft in Bayern. Die Planungsbehörde muss daher eine aktive Verantwortung übernehmen, wozu der 7-Punkte-Plan nur bedingt geeignet ist. Gegenüber den Entscheidungsverantwortlichen vor Ort sowie den Bürgerinnen und Bürgern sind Kriterien für ein klares – und realistisches – bayernweites Zielbild (Krankenhausplan) vom Freistaat öffentlich vorzustellen,

wobei insbesondere im ländlichen Raum sowohl die Herausforderungen als auch die Chancen [...] zu betonen sind.

Die Verantwortung für die Regionalkonferenzen [...] kann nicht einem (kleineren) Krankenhausträger oder einer Gruppe von Kliniken übertragen werden."

Das wird dann in einzelnen Punkten noch aufgeschlüsselt. Dann geht es darum, wer etwas macht und wer welche medizinischen Leistungen anbietet:

"Die Planungsbehörde muss bei der Anerkennung von Leistungsgruppen im Sinne des [...] genannten Zielbilds eine aktive ‚Schiedsrichterrolle‘ übernehmen und eine aktive Auswahlentscheidung treffen. Das ist insbesondere erforderlich, wenn das geplante Leistungsangebot [...] nicht mit dem erwartbaren Patientenaufkommen [...] in einer Versorgungsregion zusammenpasst und daher Unter- oder Überversorgung bzw. ein zerstörerischer Wettbewerb um knappe Fachkräfte-Ressourcen droht.

Bei der Zuweisung der Leistungsgruppen an die Krankenhäuser muss das StMGP darstellen, wie ein Windhundrennen um attraktive Leistungsgruppen vermieden werden kann, ansonsten droht in verschiedenen Regionen eine Überversorgung. Gleichzeitig muss die Planungsbehörde Vorschläge erarbeiten, wie in sicherstellungsrelevanten Leistungsbereichen mit einer Unterversorgung aufgrund der Nichterfüllung der Qualitätskriterien [...] umgegangen werden soll. Die Kliniken benötigen für die Antragstellung von Leistungsgruppen vor allem Planungssicherheit."

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das schreiben Ihnen Ihre Landrättinnen und Landräte, die zu einem überwiegenden Teil von CSU und FREIEN WÄHLERN im Freistaat gestellt werden. Das schreiben sie Ihnen ins Stammbuch. Die können nicht mehr abwarten. Die wissen nicht, wie sie so

weiterarbeiten sollen. Die erinnern Sie an Ihre Verantwortung. Damit meinen sie auch Sie alle hier im Haus. So geht es nicht weiter. Man kann sich da nicht wegducken.

Mir war einfach wichtig, Ihnen das einmal vorzutragen. Das sind alles nicht meine Forderungen, sondern die Forderungen der Landrätinnen und Landräte. Sie sind aber wortwörtlich eigentlich das, was ich Ihnen schon seit Jahr und Tag nahezubringen versuche.

Noch kurz zu den beiden Anträgen von GRÜNEN und CSU: Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, obwohl die Rechtsgrundlage für eine aktive Krankenhausplanung schon seit Jahr und Tag besteht. Da reicht ein Blick ins Gesetz. Die Staatsregierung kommt ihrer Pflicht an dieser Stelle halt nicht nach.

Was den Dringlichkeitsantrag der CSU angeht: Da geht es um diesen 7-Punkte-Plan, der ja auch von den Landräten noch einmal als unzureichend charakterisiert wurde. Außerdem gibt es noch die Forderung eines Berichts über den Sachstand und die Umsetzung dieses 7-Punkte-Plans. Das brauchen wir nicht; denn der Gesundheitsausschuss hat schon im November auf meinen Antrag hin einen einstimmigen Beschluss gefasst – den haben wir gemeinsam gefasst –, dass wir einen Bericht darüber haben möchten.

(Beifall bei der SPD)

Ich sehe schon, ich kriege noch ein bisschen Zeit dazu.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ja, Frau Kollegin, bleiben Sie gerade noch einen Moment am Rednerpult. – Zunächst gebe ich bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 19/6240, also zu dem aktuellen Dringlichkeitsantrag, namentliche Abstimmung beantragt hat. – Dann erteile ich für eine Zwischenbemerkung dem Kollegen Andreas Hanna-Krahl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Sehr geehrte Kollegin Waldmann, liebe Ruth, um das klarzustellen: Nicht wir als solche – ich gebe dir in deiner Einschätzung recht – vermissen eine gesetzliche Grundlage, sondern der Antrag basiert auf der Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage. Die Staatsregierung sagt selbst, sie habe keine Rechtsgrundlage. Deswegen zur Klarstellung und zum Verständnis der Intention: Wer, wenn nicht der Bayerische Landtag, könnte eine Rechtsgrundlage schaffen, wenn sie die Staatsregierung schon vermisst? Das zur Klarstellung.

Ruth Waldmann (SPD): Danke für die Klarstellung. Das kann ich gut nachvollziehen. In der Tat irrt die Staatsregierung, wenn sie meint und immer wiederholt, sie könne und dürfe nicht zuordnen und aktiv eingreifen. Krankenhausplanung ist Ländersache. Das steht schon seit vielen Jahren im Krankenhausgesetz. Das müssen Sie einfach machen. Darauf kommt es jetzt an. Hören Sie dann bitte auf Ihre Landrätsinnen und Landräte, wenn es Ihnen bei uns schon so schwerfällt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Kollege Thorsten Freudenberger für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Thorsten Freudenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre diesem Hohen Haus seit fast eineinhalb Jahren an. Zum wiederholten Male geht es um das Thema der Krankenhausplanung auf der Grundlage eines Dringlichkeitsantrages – in diesem Fall von einem der GRÜNEN und nachgeschoben von der SPD. Er ist leider – darauf werde ich ausführlich eingehen – sehr plakativ und fordert wieder das Gleiche. Täglich grüßt das Murmeltier. Es wird pauschal unterstellt, der Freistaat hätte in Sachen Krankenhausplanung nichts getan.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war der Landkreistag!)

Es wird pauschal gefordert, der Freistaat solle endlich anfangen, für alle Krankenhäuser in Bayern eine konkrete Planung vorzunehmen. Sie beziehen sich dabei auch auf die kommunale Familie. Das kann man machen. Frau Kollegin Waldmann, wenn Sie aber schon zitieren, was die kommunale Ebene in Bayern so alles zum Thema Krankenhaus sagt, dann haben Sie genauso wie der Vorredner bisher völlig ausgespart, woher die Problematiken in der Krankenhauslandschaft im Wesentlichen kommen. Die Problematik, der hektische Reformdruck, hat viel zu tun mit einem planlosen Vorgehen des noch amtierenden Bundesgesundheitsministers Lauterbach und dessen verkorkster Gesundheitsreform. Das haben Sie bisher völlig unerwähnt gelassen.

(Beifall bei der CSU)

Das Zitat des Bayerischen Landkreistages dazu lautet – er schreibt wörtlich in einem Brief –: Mit der Lauterbach'schen Reform stehen die Krankenhäuser in Bayern vor einer nie dagewesenen Unsicherheit. – Diese Unsicherheit gibt es immer noch. Um im Bild zu bleiben – ich fahre mit dem Zitat fort –: Es wird eine "Operation am offenen Herzen ohne Narkose".

Wenn Sie schon den Reformdruck erwähnen, den es tatsächlich gibt, dann sparen Sie die eigentliche Begründung dafür bitte nicht aus. Ich wiederhole: Der Grund ist die verkorkste Reform aus Berlin, die heute zu Unsicherheit führt. Jetzt bin ich schon bei der Krux: Während Sie fordern, der Freistaat solle doch mal für die gesamte Krankenhauslandschaft in Bayern eine Großplanung vorlegen, sind so viele Parameter aus Berlin noch so ungewiss, dass man überhaupt nicht planen kann, und zwar weder die Träger vor Ort noch der Freistaat Bayern können das. Das sind die Schwierigkeiten und Hinterlassenschaften der Ampel-Regierung und nicht unsere Verantwortung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Neben den Planungsfragen sind finanzielle Fragen das, was alle Träger Ihnen sagen werden. Das ist das, was Ihnen sowohl der Städtetag als auch der Landkreistag sagen wird. Auch das haben Sie nicht zitiert. Das größte Problem ist die aktuelle

Unterfinanzierung des Krankenhauswesens nach der Corona-Pandemie: gestiegene Betriebskosten, gestiegene Personalkosten, kein Inflationsausgleich, eine stetige Weigerung aus Berlin, Defizite der Krankenhäuser zumindest teilweise abzudecken bzw. zu übernehmen. Darin besteht die Grundproblematik, mit der sich unsere Häuser in der Praxis vor Ort tatsächlich herumzuschlagen haben.

Was ist zu tun? – Wir werden mehr Geld im System brauchen. Die neue Bundesregierung wird sich formieren müssen. Unsere Forderung an Berlin und den Bund bleibt natürlich bestehen, nämlich dass wir eine auskömmliche Finanzierung unserer Krankenhäuser möchten. Wir sind uns mit denjenigen, die sich vernünftig mit Sachthemen im Bereich des Krankenhauses auseinandersetzen, in einem Punkt wahrscheinlich einig, nämlich dass es einen Reformdruck gibt und dass wir Transformationen brauchen. Es ist auch angekündigt, dass der Transformationsfonds Geld erhalten soll, damit die Krankenhäuser aus ihm unterstützt werden können. Das sind richtige Wege für die Krankenhausentwicklung und für die Krankenhausplanung.

Ihre Antwort auf die zukünftigen Herausforderungen und die aktuellen Schwierigkeiten der bayerischen Krankenhäuser ist: Freistaat, plane doch mal! Das hört sich nach zentraler Krankenhausplanwirtschaft an.

(Widerspruch des Abgeordneten Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE))

Planwirtschaft ist schon mehrfach gescheitert – in der deutschen Geschichte sowieso. Ich glaube nicht, dass diese zentrale Planwirtschaft etwas bringt.

Ich stelle Ihnen gleich Fragen, um zu zeigen, dass Sie offensichtlich nicht bereit sind bzw. waren, weder heute noch in den vorangegangenen Diskussionen, mal Details zu beleuchten. Am Ende müssen wir als politisch Verantwortliche klären, wie wir es eigentlich machen wollen. Das ist nachlesbar: Es gibt einen Sicherstellungsauftrag der bayerischen Kommunen. Wollen Sie diesen beschränken? Wollen Sie ihn eingrenzen? Wollen Sie ihn umformulieren? Wollen Sie ihn abschaffen? Äußern Sie sich doch bitte einmal zu diesen Fragen. Was ist mit der kommunalen Selbstverwaltung, die wir so

hoch achten? Ich zumindest und viele andere stehen zu ihr. Wollen wir haben, dass die Träger vor Ort über die Krankenhäuser, die ihnen gehören oder vielleicht sogar in privater Hand sind, auch zukünftig eigenständig Entscheidungen treffen können, oder wollen wir das nicht? Wollen wir eine zentrale Krankenhausplanung, wo in München, in welchen Zirkeln auch immer, entschieden wird, ob man die Krankenhausversorgung an einem beliebigen Ort in Bayern haben will oder nicht? Wie schaffen wir es dann eigentlich, notwendige Reformen vor Ort auch zu erklären und zu vermitteln? Oder geht es Ihnen darum, dass man in München auch unliebsame Entscheidungen trifft, gegen die Sie dann vor Ort demonstrieren können, weil der Münchener an allem schuld ist?

Momentan haben wir den Vorteil, dass wir in einer kooperativen Planung schwierige Entscheidungen auch gemeinsam treffen und auch gemeinsam vermitteln. Ich finde das politisch ein wichtiges Gut, um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden und um schwierige Schritte zu erklären und gemeinsam zu gestalten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Am Ende ist es so, dass Sie sagen: Na ja, wir wissen auch nicht, wie es geht. Sie sagen einfach: Der Freistaat soll mehr machen. Liefert uns mal die gesetzliche Vorlage dafür. – Nein! Beantworten Sie erst mal die genannten Fragen. Das ist nämlich Arbeit im Detail und nicht nur plakatives Fordern und ein Sich-plakativ-gut-darstellen-Wollen. Genau das fordern wir, dass Sie diese Fragen beantworten. Dann würde ein Gesetz kommen. Aber nicht so, wie Sie es machen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Sache geht es um die folgende Frage: Wie entwickeln wir in einer schwierigen Situation – ich habe es skizziert – die bayerischen Krankenhäuser weiter?

Erstens. Wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung, Stichwort Betriebskostendefizite. Der Bund ist gefordert. Die neue Bundesregierung wird sich darum kümmern müssen und wird sich auch darum kümmern.

Zweitens. Auch das verschweigen Sie immer wieder: Wenn man sich mit der Sache beschäftigt, kommt man, egal welcher Partei man angehört, bei objektiver Betrachtung zu folgendem Ergebnis: Es gibt schon immer eine bayerische Krankenhausplanung. Das bayerische Staatsministerium führt einen Krankenhausplan. Als früherer Vertreter eines Krankenhasträgers darf ich Ihnen das einmal beschreiben: Sie können in Bayern ohne Zustimmung des Ministeriums keine zusätzlichen Betten bekommen. Sie können Betten nicht abbauen. Sie können in Zukunft gewisse Leistungen nicht anbieten oder nicht mehr anbieten ohne Absprache mit dem Ministerium. Daraus zu folgern, dass das Ministerium nichts tue und alles ignoriere und seit Jahren in Bayern alles laufen lasse, ist in der Praxis absurd. Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie nicht in der Praxis tätig waren. Das ist gar kein Problem; aber dann informieren Sie sich bitte erst einmal vorher, bevor Sie solche Forderungen aufstellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Volkmar Halbleib (SPD): Na, na! Jetzt ist aber mal gut! Für die Arroganz gibt es keinen Grund!)

Es gibt den Krankenhausplanungsausschuss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Für Ihre Arroganz gibt es keinen Grund, Herr Kollege!)

Nehmen Sie bitte die Institutionen, die es schon gibt, zur Kenntnis und das, was die machen und in der Vergangenheit gemacht haben. Das darf man hier noch sagen. Das ist auch wichtig.

Das Weitere ist: Was passiert bei der Weiterentwicklung? Es gibt den 7-Punkte-Plan. Es gab auch von der kommunalen Seite Kritik. Ich sehe das so: Es muss doch zwischen den verschiedenen politischen Ebenen auch einen konstruktiven Austausch geben, aber auch einmal einen kritischen. Was ist denn daran schlimm?

Daher werden wir die Chancen der sieben Punkte für die Weiterentwicklung der bayerischen Krankenhauslandschaft nutzen. Wir haben es noch gar nicht versucht, aber es wird schon geurteilt, dass das angeblich nicht geht. Ich halte das für einen falschen Weg. Kooperative Planung, auf den bewährten Strukturen aufbauend mit dem 7-Punkte-Plan, der jetzt in die Umsetzung geht, und in enger Abstimmung mit der kommunalen Familie – das ist unser Weg.

Am Schluss meinen Dank an alle, die dafür sorgen, dass wir in Bayern gute Krankenhäuser haben: das ärztliche Personal, die Pflegerinnen und Pfleger. Bei aller politischen Diskussion, bei allem Streit in der Sache lassen Sie uns nicht vergessen, denen zu danken, die dafür sorgen, dass die bayerische Bevölkerung heute und in Zukunft gut versorgt wird. Allen, die im Krankenhaus arbeiten, aufrichtigen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung, zunächst von der Kollegin Ruth Waldmann, SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Meine Hauptfrage ist eigentlich ganz einfach: Wie kommt es denn, dass die anderen Bundesländer schon längst dazu in der Lage sind und schon eine aktive Krankenhausplanung machen, die Sie für Bayern für völlig unzumutbar und undurchführbar halten? Die anderen Länder sind da schon viel weiter.

Wollen Sie wirklich sagen, dass dieser Krankenhausplanungsausschuss, der im Grunde einen Bettenplan von 1974 fortschreibt, eine aktive Versorgungsplanung für die Zukunft ersetzen kann? Die Landräte können das doch nicht alleine machen, sondern es muss doch eine Versorgungsplanung zugrunde gelegt werden, die übrigens über das Krankenhaus hinausgeht, auch die ambulante Versorgung einbezieht und insgesamt einfach die medizinische Versorgung abbildet.

Wir brauchen die Krankenhausreform, weil es finanziell schwierig ist. Sie ist eine Reform der Vergütung, weil die Vergütung so nicht mehr funktioniert. Inzwischen erkennt

ja auch die Staatsregierung an, dass es sich um eine Vergütungsreform handelt, die übrigens den Ländern deswegen auch gar nicht zu sehr ins Handwerk pfuscht, sondern die Länder müssen sie jetzt eben umsetzen und für sich definieren, wer was wo machen soll.

(Beifall bei der SPD)

Thorsten Freudenberg (CSU): Vielen Dank für die Fragen, die uns dahin führen, wohin ich auch wollte, nämlich zu einer fachlichen Diskussion.

Punkt eins, Krankenhausreform: Ich habe nie gesagt, dass wir die nicht brauchen. Die hat gute Elemente, aber dort, wo sie schlecht ist, müssen wir nachsteuern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da kommen wir der Sache schon näher!)

Die Kommunikation und die Umsetzung waren schlecht; das sagen alle Verbände, übrigens auch die kommunale Familie. Auch das können Sie nachlesen.

Punkt zwei: Warum sollen die Kommunen das eigentlich alleine machen? Ich sage die ganze Zeit: Wir brauchen eine kooperative Krankenhausplanung. Die sieben Punkte erweitern diese. Wir werden das machen, also ist sie kooperativ, und keine Kommune wird alleingelassen. Ich habe bis vor Kurzem in einer Kommune Verantwortung getragen. Ich wurde nicht alleingelassen. Wir haben es zusammen gemacht. Wir haben sehr ernsthafte Einschnitte vornehmen müssen, unter anderem die Schließung eines Hauses.

Zur dritten Frage: Warum ist es in Bayern anders als anderswo? – Weil es historisch anders gewachsene Strukturen sind. Im Osten Deutschlands habe ich andere gewachsene Strukturen. In NRW habe ich viele große Krankenhäuser in großen Städten. Bayern ist eben städtisch und ländlich. Ich möchte, dass in Bayern auch auf dem Land in Zukunft eine gute Krankenhausversorgung vorherrscht. Das ist die Aufgabe.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Daher kann ich auch nicht einfach wieder pauschal sagen: –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf die Redezeit.

Thorsten Freudenberger (CSU): – In anderen Ländern ist alles gut und bei uns nicht. Das ist unser Weg, und dafür stehen wir ein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, es gibt eine zweite Zwischenbemerkung des Kollegen Hanna-Krahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Kollege Freudenberger, Sie stellen die Forderung nach einer Krankenhausplanung als Forderung der Opposition dar. Ich verweise in dieser Sache auf § 6 Absatz 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes des Bundes. Die Bundesländer sind nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz verpflichtet, aktiv Krankenhauspläne und Investitionsprogramme aufzustellen. Das heißt, die von Ihnen dargestellte plakative Forderung der Opposition ist im Bundesgesetz festgeschrieben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Die konkrete Frage an Sie: Sie haben durchaus den 7-Punkte-Plan der Ministerin Gerlach mit der Betonung angesprochen, wir sollen Sie doch einfach mal machen lassen. Die Vorstellung dieses 7-Punkte-Plans liegt mittlerweile fast ein halbes Jahr zurück. Wann können wir denn damit rechnen, dass Sie machen?

Thorsten Freudenberger (CSU): Herr Hanna-Krahl, vielen herzlichen Dank für die Nachfrage. Das Bundesgesetz schreibt es vor. Ich habe mehrfach ausgeführt: Bayern macht eine aktive Krankenhausplanung. Das schließt aber doch überhaupt nicht aus, diese kooperativ mit den Trägern vor Ort zu machen, und genau das tun wir. Der 7-Punkte-Plan schreibt es fort. Viele Elemente des Plans sind schon in Kraft. Der Bericht, den wir, wie Sie richtig ausgeführt haben, einstimmig gefordert haben, wird

kommen. Dann wollen wir darüber reden, das auch evaluieren und fortentwickeln – wenn Sie möchten, gerne gemeinsam.

Sie haben noch erwähnt, dass wir verpflichtet sind zu investieren. Bloß mal ein Hinweis: Wir investieren 800 Millionen Euro. Das Land, in dem Sie Verantwortung tragen, Baden-Württemberg, nicht einmal die Hälfte. Darüber können Sie auch einmal nachdenken. Jetzt sind wir aber so langsam in der fachlichen Auseinandersetzung, sehr gerne.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Politik ist immer ein bisschen ein Wettbewerb. Wir haben heute gleich drei Dringlichkeitsanträge. Ich kann Ihnen sagen: alle drei mangelhaft, gleich schlecht, machen Sie sich keine Hoffnungen. Ich erkläre Ihnen jetzt auch, warum. Fangen wir mit dem Pamphlet an, das die GRÜNEN vorgelegt haben:

(Zuruf von den GRÜNEN)

"Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Krankenhausplanung in Bayern aktiv zu gestalten und falls nötig, eine entsprechende Rechtsgrundlage für eine aktive Krankenhausplanung zu schaffen."

Gibt es jetzt bereits eine Rechtsgrundlage, auf der man planen kann, oder gibt es sie nicht? – Meiner Meinung nach gibt es sie logischerweise; dann kann man sich den zweiten Halbsatz schon einmal sparen. Ich weiß nicht, was Sie sich dabei gedacht haben. Ganz frei gesagt: Planen kann man immer, man kann sich immer über etwas

Gedanken machen. Die Frage ist: Wie verbindlich ist diese Planung? Das fehlt mir im Dringlichkeitsantrag komplett.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Daher können wir nicht anders, als ihn abzulehnen. Dann hat sich die CSU inklusive kleinem Anhängsel bemüht.

(Widerspruch der Abgeordneten Marina Jakob (FREIE WÄHLER))

– Frau Kollegin, 1,5 % bei der Bundestagswahl brauchen wir jetzt nicht mehr zu diskutieren, oder?

(Beifall bei der AfD)

Es ist das übliche Programm: Der Landtag stellt mal wieder fest, was eigentlich schon über alle Wege bekannt ist, dass eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe stationäre Versorgung von großer Bedeutung ist. Hört, hört! Diese Erkenntnis ist jetzt auch zu CSU und FREIEN WÄHLERN durchgedrungen. Das ist schön; das sagen wir Ihnen schon seit Monaten.

Dann fangen Sie wieder mit Ihrem 7-Punkte-Plan an. Das ist nichts anderes als die Anbiederung an die Lauterbach'sche Reform. Das ist genau das, was wir in Bayern nicht brauchen. Sie schreiben weiter, dass man sich die Leistungsgruppen-Voraussetzungen für die Einzelfälle anschauen muss. Da gehen wir noch mit, das ist okay, aber der dritte Spiegelstrich ist eigentlich der entscheidende; dort schreiben Sie:

"soll der Bund, da der größte Teil der Krankenhäuser weiterhin rote Zahlen schreibt, deren Träger im Bereich der Betriebskosten wirksam entlasten."

Nicht der Bund muss entlasten, sondern wir brauchen auf Dauer neue DRGs, also diese neuen Fallpauschalen oder Versorgungspauschalen oder was auch immer. Die gesamte Finanzierung muss neu geregelt werden, anstatt die Krankenhäuser wieder

an einen neuen Tropf zu hängen. Das bringt uns keinen Millimeter weiter. Dann schreiben Sie noch:

"Die Staatsregierung wird schließlich aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention über den Sachstand des 7-Punkteplans zu berichten."

Den Bericht habe ich Ihnen vorhin bei der Aussprache zum Krankenhausgesetz schon gegeben. Passiert ist bisher nichts bis auf den Gesetzentwurf zu Punkt 7, den wir vorhin beraten haben, der aber auch schon längst überholt ist, wie Herr Grossmann selbst zugegeben hat.

Dann haben wir noch den Antrag der SPD. Die SPD hat es sich besonders einfach gemacht: Sie hat nämlich beim Landkreistag abgeschrieben; das steht auch eins zu eins so drin. Da ist kein bisschen SPD drin, das ist der Landkreistag. Auch so kann man große Politik machen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

– Ganz ruhig. Wissen Sie, Frau Kollegin Waldmann, das Problem ist, dass Sie das Desaster der bayerischen Krankenhäuser mit Ihrer Lauterbach'schen Reform in Berlin selbst verursacht haben.

(Lachen der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Da kommt das Problem her. Das haben Sie selbst verpfuscht, beispielsweise bei der Krankenhausplanung, dass der Bund gemeint hat, über die Finanzierung kann er in die bayerische Krankenhausplanung eingreifen, indem er für Notfallstationen, bei denen im Umkreis von 30 Minuten noch eine andere ist, keine Finanzierung mehr gibt, dass man in die V-I-Krankenhäuser beispielsweise eingreift usw., was sich Herr Lauterbach alles an Witzigkeiten hat einfallen lassen, die hoffentlich bald wieder abgeschafft werden.

(Ruth Waldmann (SPD): Darum geht es doch gar nicht!)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas zur Landeskrankenhausplanung – passen Sie gut auf, jetzt können Sie etwas lernen –: Es gibt im Bayerischen Krankenhausgesetz den Artikel 7; darin wird der Bayerische Krankenhausplanungsausschuss beschrieben. Wissen Sie, was Sie unter Nummer 5 finden? – Den Bayerischen Landkreistag als Mitglied in diesem Gremium. Da schließt sich der Kreis. Dieser Antrag ist völliger Murks und umsonst. Daher lehnen wir alle drei Anträge ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER: Kollegin Susann Enders.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass dieses Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz wie ein Damoklesschwert über allen Kliniken in ganz Deutschland und auch in Bayern hängt, ich glaube, das hat mittlerweile der Letzte begriffen. Dieser ökonomische Druck auf die Krankenhäuser wächst, zwingt sie in die Knie und hat etliche dringend notwendige Krankenhäuser in Bayern bereits zum Aufgeben oder zum Umstrukturieren gebracht. Unter diesen Voraussetzungen ist doch die Frage, ob die Versorgungsqualität weiterhin auf dem hohen Niveau, das wir hier in Bayern für unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten, zu halten ist. Das ist für mich fraglich. Aber Bayern handelt. Das betonen wir FREIE WÄHLER und dazu stehen wir als FREIE WÄHLER auch. Da ist das zuständige Ministerium weiterhin und noch viel mehr gefragt. Das steht fest.

Im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN wird viel wiederholt ohne neue Argumente. Kollege Krahl hat in seiner Werbungsrede für den Antrag gesagt, niemand will Verlierer dieser Krankenhausreform sein.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Darf ich Sie daran erinnern, wie heuchlerisch das ist? Darf ich Sie daran erinnern, dass Sie in der rot-gelb-grünen Bundesregierung erst dafür gesorgt haben, dass es

aktuell Verlierer bei den Krankenhäusern gibt? Dann stellen Sie sich hierher und sagen, wir würden schauen und müssten jetzt in Bayern dafür sorgen, dass es keine Verlierer gibt. Verlierer gibt es dank der verfehlten Bundesgesundheitspolitik. Gratulation! Da können Sie sich mal an Ihre Kollegen wenden!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Im Freistaat Bayern gibt es seit Jahren Unterstützung zu den Investitionskosten, auch über den Krankenhausplanungsausschuss und im Bereich der Krankenhausplanung. Wir FREIE WÄHLER wollen die Grundlagen der bestehenden Versorgungsstrukturen bei den für die stationäre Versorgung verantwortlichen Akteuren stärken und gleichzeitig auf einen maßvollen Ausgleich zwischen Wohnortnähe einerseits und Qualität und Wirtschaftlichkeit andererseits zur bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung vor Ort hinwirken. Der 7-Punkte-Plan war schon mal ein Schritt der Bayerischen Staatsregierung mit Maßnahmen und Angeboten für die Krankenhaussträger.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wichtig war auch der Krankenhausplanungsausschuss, der für die Krankenhausplanung zuständig ist. Das sind Maßnahmen auf bayerischer Ebene. Das sind notwendige Schritte. Das sind aber noch lange nicht alle notwendigen Schritte. Hier muss noch viel mehr passieren, auch auf bayerischer Ebene.

Wir werden als FREIE WÄHLER weiterhin daran arbeiten, dass wir uns innerhalb der Bayernkoalition auf weitere, dringend notwendige Schritte einigen und diese dann voranbringen. Wir haben schon einiges erreicht, aber noch lange nicht alles, was unsere Krankenhäuser brauchen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In der Verantwortlichkeit ist hier das bayerische Gesundheitsministerium.

Ich bitte um Zustimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN. Den Antrag der GRÜNEN und den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. – Zunächst der Kollege Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Kollegin Enders, ich wohne im Landkreis Ansbach. Wir haben eine Größe von 2.000 Quadratkilometern, fast so groß wie das Saarland, und haben drei kleinere Krankenhäuser. Ein Krankenhaus ist schon geschlossen, Neuendettelsau mit der Diakonie. Wir haben wahnsinnig weite Entfernung zum nächsten Krankenhaus. Da stehen wir wirklich mit dem Rücken an der Wand. Wir haben ein hohes Defizit. Diese kommunalen Krankenhäuser kosten uns 20 Millionen Euro oder 30 Millionen Euro. Wir wissen wirklich nicht weiter. Man ringt um Lösungen.

Ich habe dann der Gesundheitsministerin Gerlach geschrieben. Sie hat vor einem Monat geantwortet und sagt: Es gibt keine rechtliche Grundlage, von staatlicher Seite in den grundsätzlichen Krankenhausbetrieb einzutreten oder anzuordnen, wo welche Versorgung stattzufinden hat. – Baden-Württemberg ist gleich angrenzend. Die Krankenhäuser in Crailsheim oder Schwäbisch Hall haben wieder eine eigene Struktur. Wir haben die Nachbarlandkreise. Wir können nicht genau wissen, wo denn jetzt die Kardiologie hin soll. Soll sie nach Ansbach, soll sie nach Rothenburg? Wir brauchen eine aktive Krankenhausplanung. Und da verweigert sich die Staatsregierung mit diesem Verweis.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf die Redezeit.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Genau das, was der Herr Freudenberger sagt, findet eben nicht statt. Es findet keine aktive Krankenhausplanung statt.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende!

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Es war vorher schon überzogen!)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Anstatt hier zu jammern, wie schlecht es Ihrem Krankenhaus zu Hause geht, hätten Sie sich schon innerhalb der vergangenen Jahre in der Bundesregierung an Ihre Kolleginnen und Kollegen wenden sollen, damit endlich die Betriebskosten, unter denen auch Ihre Krankenhäuser massiv zu leiden haben --

(Zurufe von den GRÜNEN)

Da kommen Sie hierher und jammern mir die Ohren voll. Bitte in Berlin! Sie haben es vergeigt!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Stümpfig (GRÜNE): Ist das aktive Krankenhausplanung, oder was?)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Und nun Frau Kollegin Waldmann, bitte.

Ruth Waldmann (SPD): Ich möchte gerne feststellen – das gilt auch für Ihre Vorredner –: Die Krankenhausreform ist noch nicht da und ist deswegen auch nicht schuld an den aktuellen Schwierigkeiten, in die die Krankenhäuser über Jahre gekommen sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ach, Frau Waldmann!

(Martin Wagle (CSU): Was ist das denn für eine Argumentation? Das ist doch verrückt! – Weitere Zurufe)

Ruth Waldmann (SPD): Sie kann nicht schuld sein, weil sie noch gar nicht da ist.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen eine Vergütungsreform. Dafür ist diese Krankenhausreform da. Wir haben aktuell einen Leerstand von etwa einem Drittel der Betten in den Kranken-

häusern in Bayern. So kann man natürlich auch keine Erlöse erwirtschaften und wirtschaftlich arbeiten.

(Martin Wagle (CSU): Lieber nichts sagen, bevor man so etwas sagt!)

Deswegen muss eine bessere Planung her.

Aber meine eigentliche Frage ist: Was sagen Sie denn zu den Aussagen auch Ihrer Landrätinnen und Landräte der FREIEN WÄHLER: Das Vorgehen der Staatsregierung erscheint aus Perspektive der Landkreise weiterhin nicht ausreichend. Die Staatsregierung hat die politische Letzterverantwortung für eine strukturelle Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft in Bayern. Die Planungsbehörde muss daher aktiv Verantwortung übernehmen. – Was sagen Sie Ihren Landrätinnen und Landräten dazu?

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Das sagen Sie, nachdem Ihr Bundesgesundheitsminister Lauterbach

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

als Gesundheitsökonom rein wirtschaftlich die Standorte kaputtgespart hat. Bitte seien Sie kurz still.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Harry Scheuenstuhl (SPD): Was für eine sinnlose Antwort!)

Der nächste Gesundheitsminister scheint ein Jurist und Wirtschaftsanwalt zu werden. Ich freue mich jetzt schon auf weitere Debatten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt. Ich lasse zunächst über die beiden nachgezogenen Dringlichkeitsanträge in einfacher Form abstimmen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/6251 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuseigen. – Bei Gegenstimmen der Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/6252 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuseigen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/6240. Diese Abstimmung findet in namentlicher Form statt. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 21:59 bis 22:02 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

(...)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Krankenhausplanung in Bayern aktiv gestalten! Kommunen und Kliniken nicht am ausgestreckten Arm verhungern lassen!", Drucksache 19/6240, bekannt. Mit Ja haben 28 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 102. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 33)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Krankenhausplanung in Bayern aktiv gestalten! Kommunen und Kliniken nicht am ausgestreckten Arm verhungern lassen!
(Drucksache 19/6240)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin			
Arnold Dieter				Dr. Eiling-Hüting Ute			
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X		Fackler Wolfgang			X
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina		X	
Bauer Volker				Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander			X
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten			X
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Friedl Patrick		X	
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan			X
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X		Gerlach Judith			
Beißenwenger Eric				Gießübel Martina			X
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian				Gmelch Christin			X
Birzele Andreas				Goller Mia		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin		X		Graupner Richard			X
Böltl Maximilian				Grießhammer Holger			
Bozoglu Cemal		X		Grob Alfred			X
Brannekämper Robert				Groß Johann			
von Brunn Florian	X			Gross Sabine		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick			X
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian				Halemba Daniel			X
Demirel Gülsären				Hanna-Krahl Andreas		X	
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig			X
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang			X
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard			X
Dietz Leo		X		Heisl Josef			
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian			X
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			
				Högl Petra			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X		Pargent Tim		X	
Hold Alexander		X		Prof. Dr. Piazolo Michael			
Holetschek Klaus		X		Pirner Thomas		X	
Holz Thomas		X		Pohl Bernhard		X	
Dr. Hopp Gerhard				Post Julia			
Huber Martin				Preidl Julian		X	
Huber Martin Andreas				Rasehorn Anna			
Huber Thomas				Rauscher Doris		X	
Huml Melanie	X			Reiß Tobias		X	
Jäckel Andreas	X			Rinderspacher Markus			
Jakob Marina	X			Rittel Anton		X	
Jungbauer Björn	X			Roon Elena		X	
Jurca Andreas	X			Saller Markus		X	
Kaniber Michaela				Schack Jenny		X	
Kaufmann Andreas	X			Schalk Andreas		X	
Kirchner Sandro	X			Scharf Martin			
Knoblach Paul	X			Scharf Ulrike			
Knoll Manuel		X		Scheuenstuhl Harry		X	
Köhler Claudia	X			Schießl Werner			
Köhler Florian				Schmid Franz		X	
Kohler Jochen	X			Schmid Josef		X	
Koller Michael	X			Schmidt Gabi			
Konrad Joachim	X			Schnotz Helmut		X	
Kraus Nikolaus	X			Schnürer Sascha			
Kühn Harald	X			Schöffel Martin		X	
Kurz Sanne	X			Schorer-Dremel Tanja			
Lausch Josef		X		Schreyer Kerstin			
Lettenbauer Eva	X			Schuberl Toni		X	
Lindinger Christian	X			Schuhknecht Stephanie			
Lipp Oskar	X			Schulze Katharina			
Locke Felix	X			Schwab Thorsten		X	
Löw Stefan				Dr. Schwartz Harald		X	
Dr. Loibl Petra				Seidenath Bernhard		X	
Ludwig Rainer	X			Siekmann Florian		X	
Magerl Roland				Singer Ulrich		X	
Maier Christoph	X			Dr. Söder Markus			
Mang Ferdinand	X			Sowa Ursula			
Mannes Gerd				Stadler Ralf			
Dr. Mehring Fabian				Stieglitz Werner		X	
Meier Johannes	X			Stock Martin		X	
Meußgeier Harald	X			Stolz Anna			
Meyer Stefan	X			Storm Ramona		X	
Miskowitsch Benjamin	X			Straub Karl			
Mistol Jürgen				Streible Florian		X	
Mittag Martin	X			Striedl Markus		X	
Müller Johann	X			Dr. Strohmayer Simone			
Müller Ruth				Stümpfig Martin		X	
Müller Ulrike				Tasdelen Arif		X	
Nolte Benjamin	X			Tomaschko Peter		X	
Nussel Walter	X			Toso Roswitha		X	
Dr. Oetzinger Stephan	X			Trautner Carolina		X	
Osgyan Verena	X			Triebel Gabriele			
				Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	28	102	0